

An den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München Herrn Dieter Reiter Rathaus, Marienplatz 8 80331 München

München, 22.06.2021

## Änderungsantrag

für den Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft vom 22.06.2021 – TOP 4 öffentlich Postschließungen stoppen und Versorgung verbessern! Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03469

## Post-Filialnetz durch Änderung der PUDLV des Bundes verbessern

## Der Antrag des Referenten wird wie folgt geändert:

Ziffer 1 geändert	Herr Oberbürgermeister Reiter hat in einem Schreiben vom 03.05.2021 die Bundesnetzagentur auf die Notwendigkeit der Verbesserung der postalischen Grundversorgung in München sowie den erforderlichen Ausbau eines engmaschigeren bedarfsgerechten Filialnetz in der Stadt hingewiesen und um Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit der Deutschen Post AG gebeten. Das Antwortschreiben der Bundesnetzagentur vom 28.05.2021 wird zur Kenntnis genommen. Der Oberbürgermeister bleibt aufgefordert, sich nach der Bundestagswahl im Herbst bei den zuständigen Stellen von Bundesregierung und Bundestag für ein engmaschigeres bedarfsgerechtes Post-Filialnetz in den Kommunen einzusetzen und dem Stadtrat über die Ergebnisse seines Einsatzes zu berichten.
Ziffer 2 - 3	unverändert

## Begründung:

Der Oberbürgermeister hat sich in Bearbeitung des Antrags "Postschließungen stoppen und Versorgung verbessern!" von SPD / Volt und Die Grünen / Rosa Liste an die Bundesnetzagentur und damit an eine augenscheinlich unzuständige Stelle gewandt. Die Bundesnetzagentur weist in ihrem Antwortschreiben darauf hin, dass sie lediglich Vollzugsorgan für die Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) ist, welche von der Bundesregierung auf Basis des vom Bundestag verabschiedeten Postgesetzes beschlossen wurde.

Für die beantragten Änderungen der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) wären aber die Bundesregierung bzw. der Deutsche Bundestag zuständig. Daher sollte der Oberbürgermeister beauftragt bleiben, sich nach der Bundestagswahl im Herbst 2021 bei den zuständigen Stellen von Bundesregierung und Bundestag für die gewünschten Änderungen einzusetzen und dem Stadtrat über die Ergebnisse seines Einsatzes zu berichten.

Initiative:

**Hans-Peter Mehling**Wirtschaftspolitischer Sprecher
Stadtrat